

**Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen**  
**Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)**  
**Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau**  
**Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf**  
**SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster**  
**IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung)**

Gronau/Schüttorf/Münster/Berlin, 29. April 2019

## **Anklageschrift wegen Uranzug-Blockade 2017 bei Gronau**

- Amtsgericht Steinfurt: Fünf AtomkraftgegnerInnen betroffen**
- Anti-Atomkraft-Initiativen fordern Verfahrenseinstellung**

Das Amtsgericht Steinfurt hat jetzt fünf AtomkraftgegnerInnen eine Anklageschrift zugestellt. Dabei wird ihnen in Zusammenhang mit der Blockade eines Uranzugs zur Urananreicherungsanlage Gronau im Oktober 2017 eine "Störung öffentlicher Betriebe" sowie "Sachbeschädigung" vorgeworfen. Damals hatte der Uranzug wegen zweier Ankettaktionen rund 17 Stunden zwischen Burgsteinfurt und Gronau stillgestanden. Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland fordern die Einstellung der Verfahren.

In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Protestaktionen gegen die Uranzüge von und zur Urananreicherungsanlage Gronau, darunter auch mehrere Abseil- und Ankettaktionen. Im vorliegenden Fall hatten sich die AtomkraftgegnerInnen an Betonblöcke gekettet.

Die Urananreicherungsanlage Gronau ist für die Belieferung von ca. 10% des Weltmarktes mit angereichertem Uran zuständig, u. a. aktuell für die Rissereaktoren in Belgien und die maroden Alt-Reaktoren nahe der Kampfzone in der Ukraine, bis 2011 auch für den Fukushima-Betreiber Tepco. Die Bundesregierung hat die Urananreicherungsanlage jedoch vom Atomausstieg ausgenommen, sodass ein Weiterbetrieb der Atomanlage über das Jahr 2022 hinaus zu befürchten ist.

"Im Schnitt alle zwei Wochen fährt ein völlig ungesicherter Uranzug von und zur Urananreicherungsanlage, ohne dass die Öffentlichkeit jemals informiert würde. Selbst die örtlichen Feuerwehren sind im Regelfall nicht informiert. Die Bundesregierung möchte den atomaren Alltag im westlichen Münsterland so weit wie möglich verschleiern. Die AktivistInnen haben mit ihrer Aktion diese gefährlichen Atomtransporte öffentlich sichtbar gemacht. Sie haben auch verdeutlicht, dass es in Gronau gar keinen Atomausstieg gibt, wenn die zivil und militärisch brisante Urananreicherung einfach weiterlaufen soll. Eigentlich sollte die Bevölkerung von der Bundes- und Landesregierung vor den Gefahren der Atomenergie geschützt werden. Das passiert aber nicht. Wir fordern deshalb die Einstellung der Verfahren," so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

### **Kontakte:**

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023  
Christina Burchert, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf, Tel. 0171-2804110

### **Weitere Infos:**

[www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de), [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de), [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de)